

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 16. März 2017, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Sandra Rupp Gyger Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Heidi Anderes, Piero Catani, Adrian Christen, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Roman Gugger, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Eveline Salzmann, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Alois Studerus, Markus van Wijk, Daniela Weber, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Renate Schneider
Entschuldigt	Stadträtin Nicole Krenger, Stadträte Peter Aegerter, Jonas Baumann-Fuchs und Till Weber
Schluss der Sitzung	18:40 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden. Speziell heisst sie Alois Studerus (CVP) als neuen Stadtrat willkommen. Sie wünscht ihm in seinem Amt viel Erfolg und Freude.

Die Stadtratspräsidentin informiert, dass aufgrund der Abwesenheit von Stadtrat Till Weber ein Ersatzstimmzähler zu wählen ist. Vorgeschlagen wird *Beat Grimm (Grüne)*.

Der Rat wählt Beat Grimm (Grüne) einstimmig als Ersatzstimmzähler für die heutige Sitzung.

16. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 16. Februar 2017

Das Protokoll wird vom Rat stillschweigend genehmigt.

17. Stadträtliche Kommissionen

Ersatzwahl SAKO Bau und Liegenschaften anstelle von Lukas Rohr (CVP)

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, schlägt *Alois Studerus (CVP)* zur Wahl vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der Fraktion der Mitte, beschliesst:

In die Sachkommission Bau und Liegenschaften wird als Mitglied anstelle von Lukas Rohr (CVP) per 17. März 2017 gewählt: Alois Studerus (CVP)

18. Sanierung Kreisel Guisanplatz

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 345'00 Franken

Bericht des Gemeinderates Nr. 4/2017

Franz Schori, **SAKO B+L**, hält fest, dass die Sanierung des Kreisels und die behindertengerechte Ertüchtigung der Bushaltestelle Allmendstrasse in der Kommission unbestritten sind. Die rasche Umsetzung der Sanierung ist nötig, weil im Jahr 2018/2019 der Berntorkreisel erneuert werden muss. Es macht Sinn, den Kreisel Guisanplatz und den Kreisel Berntorplatz nicht zur gleichen Zeit zu sanieren. Da der Bypass Thun-Nord früher eröffnet werden kann als geplant, ist ein forsches Tempo bei der Umsetzung der flankierenden Massnahmen angezeigt. Auf die Frage der Kommission nach der Möglichkeit eines Velostreifens wurde aufgezeigt, dass dafür schlicht kein Platz vorhanden ist. Die SAKO B+L stimmt dem Verpflichtungskredit bei einer Vakanz und zwei Abwesenheiten einstimmig zu.

Die **SP-Fraktion**, so Stadtrat Schori, stimmt dem Kredit zu. Für die Gestaltung des Kreisels wünscht sich die Fraktion künstlerische Kreativität. Einheimischen, jungen Kunstschaffenden soll die Möglichkeit geboten werden, den Kreisel zu gestalten. Die Formulierung von klaren Vorgaben und die Begleitung der Umsetzung durch die Stadt wären dabei wichtig. In der letzten Zeit sind einige MIV-Projekte innerhalb kurzer Zeit realisiert worden. Die Fraktion hofft, dass die Stadt auch andere Projekte wie beispielsweise die Veloverbindung Bahnhof- Selveareal oder die Umgestaltung der oberirdischen Parkplätze in der Innenstadt rasch umsetzen wird.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, dankt für die umfassende Dokumentation. Alle Fragen sind an der SAKO-Sitzung geklärt worden. Die Aufhebung der zweispurigen Kreiseleinfahrten wird begrüsst. Diese Massnahme erhöht die Sicherheit der Velofahrenden und der Fussgängerinnen und Fussgänger. Begrüssenswert ist auch die Bepflanzung mit Bäumen. Diese schränken die Sicht etwas ein und verlangsamen

men dadurch den Verkehrsfluss, was wiederum die Sicherheit erhöht. Die behindertengerechte Einstiegsmöglichkeit bei der Bushaltestelle Allmendstrasse ist der Fraktion wichtig. Die Fraktion freut sich auf das Einbahnregime, von welchem sie sich eine Verkehrsberuhigung verspricht. Ausserdem freut sie sich auf das verkehrsbefreite Bälliz nach der Eröffnung des Parkhauses im Schlossberg. Eine durchgehende Veloführung wäre bei der vorliegenden Sanierung wünschenswert. Betrachtet man den Plan, sollte eigentlich genügend Platz vorhanden sein. Die Fraktion unterstützt das Geschäft.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt für die detaillierten Informationen. Er erinnert daran, dass heutzutage vom Neufeld bis zum Spital Thun mit dem Auto rund 45 Minuten benötigt werden, was natürlich ärgerlich ist. Die Verwaltung hat aufgezeigt, wie die Etappierung der vielen verschiedenen baulichen Projekte erfolgt, damit kein totales Verkehrschaos entsteht. Er macht darauf aufmerksam, dass hinter all diesen Projekten Menschen für die Umsetzung verantwortlich sind. Das Investitionsbudget des Tiefbauamtes hat sich in den letzten Jahren verdoppelt bis verdreifacht und wird momentan mit der unveränderten Anzahl Personen umgesetzt. In diesem Bereich wird professionell und gut gearbeitet. Er unterstreicht, dass es die flankierenden Massnahmen, zu welchen auch das vorliegende Projekt gehört, für den Bypass Thun-Nord braucht. Die behindertengerechte Ertüchtigung der Bushaltestelle wird von der Fraktion unterstützt. Die Synergiennutzung wird begrüsst. Es erstaunt bei solchen Geschäften jeweils, dass die Nutzungsdauern für die Berechnung der kalkulatorischen Abschreibungen vom Kanton vorgegeben werden. Gestützt auf die Tatsache, dass der Kreisel erst vor rund 25 Jahren gebaut wurde, erscheint die Nutzungsdauer von 40 Jahren nicht realistisch. Die Gemeinden sollten bei der Festlegung der Nutzungsdauern bei einzelnen Objekten mehr Spielraum haben. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, erachtet das Projekt als wichtig für die Erhöhung der Verkehrssicherheit. Die einspurige Strassenführung in den Kreisel ist sinnvoll. Die Übersicht wird massiv verbessert. Aus Sicht der Fraktion ist es richtig, die Sanierung möglichst bald umzusetzen. Es handelt sich schliesslich um eine flankierende Massnahme zum Bypass Thun-Nord. Ausserdem stehen in naher Zukunft weitere wichtige Strassenbauprojekte in der Innenstadt an. Die Fraktion begrüsst die Durchführung der Arbeiten in einem Zweischichtbetrieb, damit die Verkehrsbehinderungen durch die Baustelle möglichst kurz sind. Die Kosten werden als vertretbar eingestuft. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, bedauert, dass nicht mehr Sicherheit für den Langsamverkehr realisiert werden kann. Ein Bypass für den Veloverkehr wäre eine gute Chance gewesen, die Sicherheit der Velofahrenden zu verbessern. Für den Kreisel geht man von Kosten von rund 600'000 Franken aus. Obwohl dies wohl als Standard für einen Kreisel in Thun gilt, fragt sich die Fraktion, ob es keine günstigeren Lösungen gibt. Falls die Kosten so hoch sind, damit die Nutzungsdauer verlängert werden kann, dann macht die höhere Investition Sinn. Für die künstlerische Gestaltung, wie sie die SP-Fraktion vorschlägt, oder für spezielle Steine sollte aus Sicht der Fraktion nicht zusätzlich Geld ausgegeben werden. Eine möglichst schnelle Umsetzung wird begrüsst. Die Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Gemeinderat Konrad Hädener dankt für die konstruktive Auseinandersetzung mit der Vorlage. Zum Votum von Stadtrat Andreas Kübli hält er fest, dass Langsamverkehr nicht nur Velofahrende, sondern auch Fussgängerinnen und Fussgänger beinhaltet. Die Sicherheit des Fussverkehrs wird durch die Fussgängerstreifen stark erhöht. Auch für Velofahrende wird die Verkehrssituation sicherer, beispielsweise dank des neuen Belags ohne Schlaglöcher. Eine Umfahrung für den Veloverkehr wird in der General-Wille-Strasse / Mittlere Strasse umgesetzt werden können. Beim Kreisel Guisanplatz fehlt der Platz für eine solche Umfahrung. Die Hinweise zur künstlerischen Gestaltung und zur Baumbepflanzung, die jedoch möglichst keine Kosten verursachen sollen, hat er aufgenommen. Zur Langsamverkehrsverbindung Bahnhof-Selve orientiert Herr Hädener über den noch nicht realisierten Landerwerb mit der SBB, welcher als Voraussetzung für die Baubewilligung gilt. Die Verzögerung liegt keineswegs an der Priorisierung, sondern daran, dass die für die Umsetzung des Projekts notwendigen Eigentumsverhältnisse noch nicht geschaffen werden konnten. Er hofft, den Landerwerb im Sommer 2017 realisieren zu können. Bezüglich behindertengerechte Ertüchtigung Bushaltestelle Allmendstrasse unterstreicht Herr Hädener, dass im aktuellen Aufgaben- und Finanzplan rund 6 Mio. Franken für die Ertüchtigung von allen Thuner Bushaltestellen eingestellt sind. Für die Gemeinden ist die Finanzierung und die Umsetzung eine sehr grosse Herausforderung.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. Februar 2017, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 345'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2512.5010.040 (Bilanzkonto Nr. 14010.01.01) für die Erneuerung des Verkehrskreisels auf dem Guisanplatz.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

19. Postulat P 9/2016 betreffend der Einführung und Umsetzung des Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) für sämtliche Bau- und Planungsvorhaben der Stadt Thun

SAKO Stadtentwicklung vom 22. September 2016; Beantwortung

Gemeinderätin Marianne Dumermuth unterstreicht, dass sich der Gemeinderat hinter eine nachhaltige Entwicklung stellt. Eine nachhaltige Entwicklung ist zukunftsgerichtet und unabdingbar. Es geht auch um positive Impulse für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die gesellschaftliche Solidarität und um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Sie zeigt auf, dass in der Strategie Stadtentwicklung und in der Wohnstrategie der Begriff Nachhaltigkeit im echten Sinne gebraucht wird. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass es in der Stadt Thun bereits genügend Regelungen und Instrumente gibt, um nachhaltiges Planen und Bauen umzusetzen. Arealentwicklungen im grösseren Stil liegen fast ausschliesslich in einer Zone mit Planungspflicht. (ZPP). Bei ZPPs wird von Gesetzes wegen ein qualitätssicherndes Verfahren verlangt. Die Planung an sich muss qualitativ hochstehend sein. Es handelt sich auch um Grünkonzepte, Energieversorgungs- und Energieanwendungskonzepte, die Beachtung der sozialen Durchmischung und die Wirtschaftlichkeit im Sinne einer langfristigen Rendite. Bei kleineren Bauprojekten verlangt das städtische Bauinspektorat beispielsweise Energiekonzepte und klare Aussagen zur Gestaltung der Aussenräume. Bei Stadtbauten gilt die Gebäudeenergiestrategie. Das Amt für Stadtliegenschaften ist Mitglied beim Verein eco-bau, einer Organisation, die mit dem Netzwerk Nachhaltiges Bauen Schweiz (NNBS) zusammen arbeitet. Das Amt für Stadtliegenschaften informierte die SAKO B+L im August 2016 umfassend über das nachhaltige Bauen bei stadteigenen Gebäuden. Gemeinderätin Dumermuth weist darauf hin, dass auch die Ortsplanungsrevision der Nachhaltigkeit verpflichtet ist. So wird unter anderem festgehalten, dass Thun zukunftsorientiert wachsen und sich ressourcenschonend entwickeln soll. In einigen Teilprojekten wird konkret auf die Nachhaltigkeit eingegangen. Sie betont, dass der Gemeinderat die Stossrichtung des Postulates teilt. Bei der Überprüfung des Vorstosses zeigte sich, dass nachhaltiges Bauen in Thun mit den geltenden Rechtsgrundlagen bereits möglich ist. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Andrea de Meuron, **SAKO StE**, schickt voraus, dass es bei diesem Vorstoss um das Bauen geht. Die Gebäude in der Schweiz beanspruchen rund die Hälfte des Energieverbrauchs. Es gibt Möglichkeiten, den Energieverbrauch bis 2050 zu reduzieren, indem bekannte Energien genutzt und neue Energien gefördert werden. Das Energieeinsparungspotential ist gerade beim Gebäudesektor gewaltig. Dieses Potential sollte bei der Arealentwicklung und beim Bauen ausgeschöpft werden. Für diese Bestrebungen gibt es etliche Labels und Zertifikate, quasi ein „Label-Salat“. Sie macht darauf aufmerksam, dass das, was heute gebaut wird, entscheidet, wie viel Energie in den nächsten Jahrzehnten verbraucht wird. Zudem entscheidet sich beim Bauen auch, wieviel Verkehr generiert wird. Die öffentliche Hand ist gefordert, als Vorbild zu wirken und die Grundbauordnung zu gestalten. In der Antwort des Gemeinderates wird von einem Zwang zur Nutzung neuer Technologien gesprochen. Andere sehen in den neuen Technologien eine Chance, welche auch zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen beiträgt. Welches Label für Thun wirklich sinnvoll ist und welche Vor- und Nachteile die einzelnen Labels haben, ist schwierig zu beurteilen. Die SAKO Stadtentwicklung hat sich das Label SNBS vorstellen lassen. Das Ziel des SNBS ist es, die Bedürfnisse der Gesellschaft, der Umwelt und der Wirtschaft gleichermassen, möglichst umfassend, bei der Planung, beim Bau und beim Betrieb zu berücksichtigen. Die Folge der Vorstellung des Labels ist der vorliegende Vorstoss. In der SAKO StE gibt es viele Fragen zu den Standards und sie möchte eine Übersicht erhalten. Mit dem Vorstoss wird keine konkrete Umsetzung gefordert. Die Prüfung soll

auch aufzeigen, wie mit einem übergreifenden Konzept das nachhaltige Planen und Bauen in Thun einfacher gestaltet werden kann. Zudem sollen die Unterschiede zwischen den einzelnen Labels geklärt und eine mögliche Umsetzung für die Stadt aufgezeigt werden. Die Kommission findet keine Antworten zu den Fragen 1 und 2. Sogar Aussagen zu den Kosten der Mitgliedschaft und zum Mehrwert eines möglichen Beitritts zum SNBS fehlen in der Antwort. Der Gemeinderat hält fest, dass er bei neuen Mitgliedschaften generell zurückhaltend ist. Umso irritierender ist, dass in der gleichen Antwort steht, die Stadt sei Mitglied beim Verein eco-bau. Jedoch werden zur Mitgliedschaft eco-bau weder Kosten noch Mehrwerte aufgezeigt. Die Stadt Thun ist bei den eigenen Bauten aktiv bezüglich Nachhaltigkeit. Jedoch ist wohl die Mehrheit der Bauten privat. Die Tatsache, dass die SAKO B+L über die Nachhaltigkeit bei stadteigenen Bauten informiert wurde und keine weiteren Fragen mehr stellte, bedeutet nicht, dass es für die SAKO StE genügend geklärt ist. Wie beim Verkehr ist auch beim Bauen eine gute Zusammenarbeit zwischen Stadtentwicklung und Hoch- und Tiefbau wichtig für ein gutes Ergebnis. Dies betrifft auch die Zusammenarbeit zwischen den Sachkommissionen und dem Gemeinderat. Die Kommission findet die Antwort des Gemeinderates zu diesem Vorstoss nicht förderlich für eine gute Zusammenarbeit. Obwohl die Fragen nicht beantwortet sind, soll der Vorstoss abgeschrieben werden. An der SAKO-Sitzung kamen die Mitglieder zu später Stunde zum Schluss, dass es wohl keinen Sinn macht, den Vorstoss aufrecht zu erhalten. Heute würde die SAKO wohl anders entscheiden. Der Unwille, etwas zu machen, ist in der Antwort des Gemeinderates spürbar. Der Prüfauftrag ist nicht erfüllt, stellt Frau de Meuron fest. Es geht bei der Beantwortung auch darum, wie ernst die politische Arbeit und der Stadtrat genommen und wie die Instrumente eingesetzt werden. Mit dem Postulat wurde lediglich eine Auslegeordnung gefordert. Sie appelliert an den Stadtrat, dass schlussendlich der Stadtrat entscheiden darf, ob eine unerledigte Arbeit als erfüllt abgeschrieben werden soll.

Die **Fraktion Grüne**, so Andrea de Meuron, unterstützt das Votum der SAKO StE und hat keine weiteren inhaltlichen Anmerkungen. Die Fraktion erachtet die Aufgabe des Gemeinderates als nicht erledigt. Sie ist für die Annahme des Postulates, jedoch gegen eine Abschreibung.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, hebt die Aussagen in der Antwort des Gemeinderates hervor, welche darauf hinweisen, dass kein staatlicher Zwang nötig ist, geltende Rechtsgrundlagen genügen und der Gemeinderat bei neuen Mitgliedschaften generell zurückhaltend ist. Würden diese Grundsätze bei anderen wichtigen Geschäften auch mit einer solchen Konsequenz umgesetzt, müsste die Fraktion jeweils weniger Kritik ausüben. Die Mitglieder der Fraktion, welche in der SAKO StE vertreten sind, erachteten den Vorstoss als prüfenswert. Das Grundanliegen des Postulats wird durch den Gemeinderat getragen. Die Frage 2 zum Mehrwert und zum Vergleich der gängigen Methoden und Standards hätte detaillierter beantwortet werden können. Die Fraktion ist gegenüber Labels eher kritisch eingestellt. Schlussendlich handelt es sich beim Prüfauftrag um einen Sachverhalt, der in der Kompetenz des Gemeinderates liegt. Der Gemeinderat kann entscheiden, wie er den Prüfauftrag ausführen will. Die Antwort kann vom Stadtrat auch nicht zurückgewiesen werden. Herr Lanzrein macht darauf aufmerksam, dass die SVP/FDP-Fraktion öfters auf das institutionelle Ungleichgewicht zwischen Gemeinderat und Stadtrat hingewiesen hat. Man kann das Gefühl haben, dass der Gemeinderat als Exekutive verhältnismässig viel Kompetenz hat. Die Stadträtinnen und Stadträte müssen aus diesem Grund auch bereit sein, Motionen einzureichen und Konfrontationen zu suchen. Wird der Vorstoss heute nicht abgeschrieben, bleibt er für immer auf der Liste der nicht abgeschriebenen Vorstösse. Die Fraktion wäre bereit für eine vertiefte Debatte, jedoch müsste der Mehrwert eines solchen Moduls oder Systems aufgezeigt werden und wie dadurch das Bauen in Thun einfacher und unkomplizierter werden würde. Die Fraktion unterstützt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, unterstreicht, dass es sich beim SNBS nicht um ein Label handelt, mit welchem eine Organisation viel Geld verdient. Es geht um einen Standard des Bundes, mit allen Vorteilen eines Schweizer Standards und mit einer Beurteilung nach Schweizer Notengebung. Wie Stadträtin de Meuron gesagt hat, braucht es eine gesamtheitliche Betrachtung, welche die drei Säulen der Nachhaltigkeit berücksichtigt. Beim SNBS werden wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen einbezogen. Den Vorwurf, dass es wieder ein Label mehr braucht, weist er zurück. Beim Vorstoss geht es nicht um die Einführung eines zusätzlichen Labels, sondern um die Überprüfung, welche Vor- und Nachteile der Standard gegenüber anderen Labels und Standards hat. Die Fraktion ist erfreut, dass der Gemeinderat das nachhaltige Bauen grundsätzlich unterstützt. Die ungenügende Beantwortung der Fragen wird jedoch sehr bedauert. Es wird eine umfassendere Betrachtung erwartet. Eventuell ist die Formulierung im Vor-

stoss nicht ganz eindeutig. Es war nicht ganz klar, ob es im Sinne einer gesamtheitlichen Betrachtung die Stadtentwicklung oder den Bau betrifft. Der Standard sollte einerseits in die neuen baulichen Rechtsgrundlagen einfließen, andererseits sollte er überall dort, wo die Stadt Einfluss auf bauliche Rahmenbedingungen hat, wie bei ZPPs, angewendet werden. Die Fraktion ist der Meinung, dass der Gemeinderat den Prüfauftrag wahrnehmen sollte. Die Fraktion der Mitte beantragt, den Vorstoss anzunehmen und nicht abzuschreiben.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, begrüsst das grundsätzliche Bekenntnis des Gemeinderates zum nachhaltigen Bauen und Planen. Mit der unvollständigen Beantwortung ist die Fraktion nicht zufrieden. Sie erweckt den Eindruck, dass es der Gemeinderat mit dem Bekenntnis zum nachhaltigen Bauen nicht sehr ernst meint. Antworten im Zusammenhang mit der Einbindung der Ortsplanungsrevision und dem Ersatz oder der Ergänzung anderer Labels fehlen. Der Prüfauftrag wurde nicht vollständig erfüllt. Die Fraktion nimmt das Postulat an und ist gegen die Abschreibung.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, erachtet es als entscheidend, was eine solche Prüfung aufzeigen könnte. Sie weist auf das Baureglement aus dem Jahr 2002 hin. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision wird dieses Reglement überarbeitet werden. Die Prüfungsergebnisse des Vorstosses sind hierfür wichtig, um aufzeigen zu können, welche Massnahmen politisch nötig sind. Sie macht darauf aufmerksam, dass etliche Gemeinden, auch kleinere Gemeinden als Thun, bezüglich Arealentwicklung fortschrittlicher sind als Thun. Die Stadt hat aus ihrer Sicht genügend Möglichkeiten, Areale entsprechend zu entwickeln und sich fortschrittlicher zu zeigen.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an und lehnt die Abschreibung mit 14 : 22 Stimmen ab.

20. Interpellation I 12/2016 betreffend Aufbau des Low-Power-Network (LPN) in Thun

Franz Schori (SP) vom 27. Oktober 2016; Beantwortung

Franz Schori (SP) ist mit der Antwort teilweise zufrieden und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Franz Schori (SP) ist durch die Antwort des Gemeinderates einerseits beruhigt und erfreut, andererseits aber auch etwas besorgt. Beruhigend ist, dass der Gemeinderat die Bedeutung des Internets der Dinge sieht und sich der Gemeinderat regelmässig mit Vertretern der Thuner Wirtschaft austauscht. Dass die Swisscom den LPN-Ausbau für die Stadt Thun im Jahr 2017 vorsieht, freut ihn. Was Herrn Schori positiv überraschte, ist der Gedanke der Energie Thun AG, ein eigenes Niedrigenergienetzwerk aufzubauen. Besorgniserregend findet er, dass die Thuner Wirtschaft das Niedrigenergienetzwerk und damit das Internet der Dinge nicht als vordringlich einstuft. Die Digitalisierung schreitet weltweit rasch voran und Unternehmen können infolge digitaler Blindheit zu Grunde gehen, wie das Beispiel Kodak zeigt. Es ist zu hoffen, dass die Thuner Unternehmungen das Internet der Dinge rechtzeitig angehen und in ihre Geschäftskonzepte einbeziehen. Herr Schori bemängelt, dass der Gemeinderat die digitale Entwicklung den städtischen Informatikdiensten überlässt. Die Digitalisierung berührt alle Gesellschaftsbereiche wie Mobilität, öffentliche Sicherheit, Energieversorgung, Bildung, Finanztransaktionen, Datenschutz, Gesundheitswesen etc. Aus diesem Grund sollten alle städtischen Kadermitarbeitenden die Digitalisierung beobachten, sich informieren und sich mit anderen öffentlichen Verwaltungen vernetzen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Stadt die Chancen der Digitalisierung nutzen und die Gefahren frühzeitig erkennen kann. Hierzu verlangt es jedoch mehr Engagement und mehr Bewusstsein als aus der Antwort hervorgeht.

Serge Lanz, **SVP/-FDP-Fraktion**, erklärt, dass es sich bei Low-Power-Network um ein komplementäres Netzwerk handelt. Es schafft für viele Anwendungen ein neues Netzwerk, das mit kleinen Datenmengen auskommt. Es bietet zahlreiche Vorteile und ein riesiges Potential. Die Wirtschaft hat das enorme Potential erkannt. Die Technologie bildet auch Grundlagen für Überlegungen wie Smart-City oder energieeffiziente Bauten. In diesem Jahr werden bereits 80% der mobilen Einheiten, die sich vernetzen lassen, vernetzt sein. Die grosse Herausforderung stellt die Innenraumversorgung, beispielsweise in Bahnhöfen, dar. Er weist darauf hin, dass Industrie 4.0 stark mit Low-Power-Network und dem Internet der Dinge zu-

sammen hängt. Die Wirtschaft ist sich dessen bewusst, auch die Thuner Wirtschaft. Wichtig erscheint ihm, dass die Batterien in diesen Geräten eine unglaublich lange Lebensdauer haben. Die energieeffiziente Übertragung ist neben den tiefen Kosten ein wichtiges Argument. Die Chance bietet sich, in einem Öko-System für den Prozess zwischen Hardware-Anbietern, Lösungs-Partnern, Providern und strategischen Partnern - wie es die Stadt Thun oder der Kanton Bern sein könnten - gemeinsam Lösungen zu suchen. Das Netzwerk birgt vor allem noch Risiken punkto Datenschutz und Datensicherheit. Es gibt viele Geräte, die schon heute miteinander kommunizieren. Die Einsatzmöglichkeiten sind sehr vielfältig, so können Parkplätze ausserhalb eines Parkhauses einem Leitsystem melden, dass sie besetzt sind, Recyclingcontainer melden, dass sie voll sind oder Briefkästen teilen mit, welche Post eingetroffen ist. Kühlschränke, Fernseher, Uhren, Autos, Staubsauger und etliche andere Geräte können miteinander kommunizieren. Der Gemeinderat ist sich der Wichtigkeit des Internets der Dinge bewusst. Stadtrat Lanz empfiehlt Triple-A: Augen auf, Aufmerksamkeit und alternative Wege einschlagen.

Stadtpräsident Raphael Lanz unterstreicht, dass die Thuner Wirtschaft selber verantwortlich ist, den technologischen Fortschritt nicht zu verpassen. Dies liegt nicht in der Zuständigkeit der Stadt. Er ist überzeugt, dass gerade diejenigen Thuner Firmen, die exportorientiert und auf dem Weltmarkt in ihren Bereichen führend sind, sich der technologischen Entwicklung durchaus bewusst sind. Falls durch die Antwort der Eindruck entstanden sein sollte, dass in der Stadtverwaltung nur die Informatikdienste über die technologische Entwicklung informiert sind, stellt er klar, dass dies nicht so ist. Selbstverständlich ist in allen anderen Verwaltungsbereichen auch Wissen vorhanden. So haben das Amt für Stadtliegenschaften und das Tiefbauamt sich nach der Einführung von GEVER (elektronisches Geschäftsverwaltungsprogramm) für ihre Arbeit mit iPads Pro ausgerüstet, um Schnittstellenpotential und weitere Vorteile des Systems zu nutzen. Ein weiteres Beispiel ausserhalb der Informatikdienste ist der Chip bei den Containern, welcher dem System mitteilt, an welche Person die Rechnung gesandt werden muss. Auch die Integration der Aussenparkplätze in das Parkleitsystem liegt nicht in der Verantwortung der Informatikdienste. Der Gemeinderat und die Verwaltung sind sich bewusst, dass die Digitalisierung auch die Verwaltungstätigkeit beeinflussen wird.

21. Interpellation I 16/2016 betreffend Thun als Olympiadorf? - Olympische Winterspiele "2026. Les Jeux Swiss Made"

Fraktion Grüne vom 16. Dezember 2016; Beantwortung

Der Stadtpräsident weist auf die Ablehnung des Projektes „Graubünden und Partner 2026“ durch die Stimmberechtigten des Kantons Graubünden an der Volksabstimmung vom 12. Februar 2017 hin. Mit „Sion 2026“ lag danach nur noch ein Projekt vor. Am 7. März 2017 hat der Exekutivrat von Swiss Olympic entschieden, das Projekt „Sion 2026“ in den internationalen Wettbewerb zu schicken. Er zitiert zusammenfassend aus dem Evaluationsbericht von Swiss Olympic: „Die Task Force 2026 ist generell der Meinung, dass das Projekt „Sion 2026 – Die Spiele im Herzen der Schweiz“ sehr solid ist. Es hat sowohl mit Blick auf seinen Mehrwert als auch im technischen Bereich grosse Stärken.“ Die Kandidatur wurde auf Nachhaltigkeit geprüft sowie bezüglich Infrastruktur und im sozialen, technischen, ökonomischen und ökologischen Bereich. Er betont, dass das Projekt nicht einfach durchgewunken wurde, weil es das einzig verbleibende Projekt war. Ziel ist es, das operative Budget möglichst ohne Unterstützung der öffentlichen Hand zu decken. Das Projekt skizziert auf Thun bezogen 1'500 Betten für Athletinnen und Athleten. Die Unterkünfte müssten nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit in Bauten errichtet werden, die auch in Zukunft genutzt werden könnten, idealerweise als Wohnungen. Der Gemeinderat kann heute nicht aufzeigen, wo diese Bauten realisiert werden könnten. Im Evaluationsbericht gibt es auch Alternativen wie ein zentrales Athletendorf mit sechs zusätzlichen Satellitenstandorten, damit die Reisezeiten und die Höhendifferenz von Unterkunft zu Wettkampfort geringer wären. Es steht also keineswegs fest, ob in Thun - vorausgesetzt das Projekt Sion gewinnt im internationalen Wettbewerb - ein Athletendorf errichtet würde. Falls sich ein Athletendorf in Thun tatsächlich konkretisieren sollte, würden je nach Entscheidungskompetenz der Stadtrat oder die Bevölkerung einbezogen. Am 11. April 2017 wird das Sportparlament von Swiss Olympic entscheiden, ob die Kandidatur weiterverfolgt werden soll. Erst im Jahr 2019 wird das olympische Komitee über den Austragungsort 2026 entscheiden. Persönlich ist er der Meinung, dass das Projekt für das Tourismusland Schweiz ein Gewinn wäre. Zu den Bedenken zur Nachhaltigkeit und zum Gigantismus stellt er fest, dass die Winterspiele 2026 irgendwo stattfinden werden. Aus einer globalen

Perspektive betrachtet erscheint der Austragungsort im Rechtsstaat Schweiz sinnvoller als in einem Land, wo Umweltaktivisten verhaftet, ökologische Anliegen nicht wichtig sind und Menschen für den Bau von Sportanlagen enteignet werden. Er unterstreicht den langen Weg, bis die Spiele 2026 in der Schweiz aktuell werden könnten.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Sie wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, bedankt sich für die Ausführungen des Stadtpräsidenten. In der Antwort zu Frage 1 steht, dass der Gemeinderat davon ausgeht, in die weitere Planung einbezogen zu werden. Gestützt auf das Votum des Stadtpräsidenten ist für sie nun klar, dass die Stadt selbstverständlich einbezogen würde. Sie betont, dass die Fraktion gegen solche Grossanlässe sehr kritisch eingestellt ist. Sie erinnert an die Tour de France, welche alleine den Kanton Bern 2,2 Mio. Franken gekostet hat, mehr als doppelt so viel als budgetiert. Die Sicherheitskosten und weitere finanzielle Folgen der olympischen Winterspiele könnten kaum ohne die öffentliche Hand finanziert werden. Bei der Antwort zu Frage 5 erstaunt es, dass nicht hervor geht, wo die neuen, nachhaltigen Bauten für 1'500 Betten allenfalls stehen könnten. Für die Fraktion ist dies ein sehr grosses Fragezeichen. Umso erfreulicher ist es, dass andere Alternativen geprüft werden. Zu Frage 7 würde es die Fraktion sehr begrüßen, wenn in Thun ein Leuchtturmprojekt realisiert werden könnte. Positiv beurteilt die Fraktion das Mobilitätskonzept im Bewerbungsdossier. Jedoch würden nicht nur die Athletinnen und Athleten Verkehr generieren, sondern auch die Zuschauenden. Sie schlägt vor, dass die Bevölkerung konsultativ einbezogen werden könnte, auch wenn ein allfälliger Entscheid nicht in der Volkskompetenz liegen würde.

Darshikka Krishnanantham, **SP-Fraktion**, macht auf die möglichen unschönen Neben- und Nachwirkungen finanzieller und infrastruktureller Art eines solchen mega Anlasses aufmerksam. Die Fraktion befürchtet, dass die Durchführung des Anlasses wie so oft bei olympischen Spielen dazu führen würde, dass der Gewinn an Private geht und der Staat - oder hier die Stadt - die Kosten tragen müsste. Das Projekt ist in einer solchen frühen Phase, dass konkrete Vorstellungen kaum möglich sind. Die Fraktion achtet es als wichtig, den Verlauf aufmerksam und kritisch zu beobachten. Sie ist gespannt auf die weitere Entwicklung der Kandidatur.

Der Stadtpräsident hebt hervor, dass sich bei einem solch grossen Projekt im Rahmen der Bewerbung noch sehr viel ändern kann. Der Gemeinderat kann zum heutigen Zeitpunkt, in dieser frühen Phase des Projektes, noch keine konkreten Fragen an den Stadtrat oder an das Volk formulieren. Die vom Rat geäusserten Bedenken werden ernst genommen. Es ist jedoch wichtig, auch die Chancen für die Stadt, für den Kanton Bern und für die Schweiz abzuschätzen. Bevor keine näheren Angaben vorliegen, sollte nicht bereits davon ausgegangen werden, dass das Projekt nicht gut kommt.

22. Interpellation I 3/2017 zur Beteiligung der Stadt Thun an der geplanten Landesausstellung der zehn grössten Schweizer Städte

Alice Kropf (SP) und Mitunterzeichnende vom 20. Januar 2017; Beantwortung

Der Stadtpräsident informiert, dass die nächste Kommunikation zu diesem Thema nach seinem Kenntnisstand voraussichtlich im Mai 2017 erfolgt. Bis Ende 2017 soll entschieden werden, ob die Idee weiterverfolgt wird.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, ist mit der Antwort teilweise zufrieden und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, ist erfreut, dass der Gemeinderat die Mitwirkung an der Landesausstellung nicht von vornherein kategorisch ausschliesst. Sie muss jedoch feststellen, dass der Gemeinderat offenbar eher auf Grossprojekte setzt, die sich durch Gigantismus und nicht durch Nachhaltigkeit auszeichnen. In der Antwort zur Interpellation weist der Gemeinderat als Begründung, weshalb die Ressourcen für die

Landesaussstellung nicht ausreichen, auf Grossprojekte hin, die im Zeitpunkt um das Jahr 2030 herum stattfinden könnten. Der Gemeinderat erkennt ihrer Ansicht nach die Chancen einer Beteiligung der Stadt Thun an der geplanten Landesaussstellung nicht. Sie weist darauf hin, dass die Themen der Landesaussstellung viel näher auf die Lebensrealität der Stadt eingehen als die olympischen Spiele. In seiner Antwort zu Frage 2 hält der Gemeinderat fest, dass die Beteiligung an Vorhaben, welche die spezifischen Stärken von Thun wie die Stadt am Wasser, Stadt in der Naturlandschaft oder Stadt mit schönstem Bergpanorama fördern, aussichtsreicher sind. Gerade diese Stärken könnten durch die Beteiligung an der Landesaussstellung der ganzen Schweiz präsentiert werden. Die Expo.02 hat immerhin 10,3 Mio. Eintritte generiert. Ebenfalls bringt der Gemeinderat bei der Antwort die Ortsplanungsrevision ins Spiel. Er vertritt die Meinung, dass die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Urbanität wirkungsvoller ist als die Teilnahme an einer Ausstellung. Durch die Beteiligung an der Landesaussstellung könnte sich Thun für einmal als mutig, fortschrittlich und zukunftsorientiert positionieren. In der Antwort ist nicht ersichtlich, ob der Gemeinderat die Projektverantwortlichen der geplanten Landesaussstellung kontaktiert hat. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Verantwortlichen sich einer Beteiligung nicht verschliessen. Besonders bestechend findet sie, dass die dezentrale Landesaussstellung auf Nachhaltigkeit setzt und bestehende Bauten nutzen will. Die Mitwirkung am Anlass würde der Stadt gut tun und sie weiterbringen.

Reto Schertenleib, **SVP/FDP-Fraktion**, geht davon aus, dass die von den linken Parteien unterstützte Landesaussstellung wohl nicht viel kleiner wäre als ein Olympiadorf. Er macht auf das finanzielle Desaster der Expo.02 in Milliardenhöhe aufmerksam. Der Anlass hat den Bund zehnmal mehr gekostet als geplant. Ob die Regeln der eidgenössischen Finanzkontrolle für Grossanlässe in der föderalen Schweiz bei einer nächsten Ausführung der Landesaussstellung umgesetzt würden, ist fraglich. Diese Bedenken hatten wohl auch die Stimmberechtigten der Kantone St. Gallen und Thurgau, welche den Planungskredit für die Landesaussstellung 2027 in der Ostschweiz abgelehnt haben. Er weist auf die gewaltigen finanziellen, personellen und infrastrukturellen Ressourcen hin, welche für solche Grossprojekte nötig sind. Aus diesem Grund hat die Stadtregierung Fribourg eine Mitwirkung an der Landesaussstellung nicht auf dem politischen Radar. Diese Haltung erachtet die Fraktion als vernünftig, auch für die Stadt Thun. Es erscheint besser, sich auf die eigenen Qualitäten zu besinnen, alle Kraft in die Ortsplanungsrevision zu setzen und die Positionierung der Stadt am Wasser zu stärken. Das Szenario, dass Thun sich als finanzieller Geber beteiligen, aber die Anlässe vor allem in den grösseren Städten stattfinden würden, ist viel realistischer als dass der Anlass für Thun als identitätsstiftend und ästhetisch stilbildend wirken könnte. Der Stadtpräsident ist im Vorstand des Städteverbandes, daher ist sichergestellt, dass er über die weitere Entwicklung des Projekts informiert ist. Sollte sich Konkreteres ergeben, kann man sich intensiver mit dem Thema beschäftigen.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, betont, dass sich die geplante Landesaussstellung eben gerade dadurch auszeichnet, dass es keinen Gigantismus gibt und die Dezentralität den Vorteil hat, dass auf bestehende Bauten gesetzt wird. Deshalb sind auch die finanziellen Risiken geringer.

Der Stadtpräsident betont, dass bis Ende Jahr 2017 anhand der Projektunterlagen entschieden wird, ob die Idee einer Landesaussstellung überhaupt weiterverfolgt wird. Falls der Gemeinderat der Ansicht sein wird, dass Thun eine grandiose Chance erhält, wird er versuchen, diese Chance zu ergreifen. Bevor jedoch beurteilt werden kann, welche Chancen die Landesaussstellung bringt, will der Gemeinderat die Projektentwicklung aufmerksam verfolgen.

23. Interpellation I 14/2016 betreffend "Wann gehört Thun endlich zum Libero Tarifverbund?"

Fraktion Grüne vom 17. November 2016; Beantwortung

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, ist mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden und ist erfreut, dass Thun bald zum Libero Tarifverbund gehört. Die Diskussion wird nicht verlangt.

Mitteilungen

Die **Stadtratspräsidentin** empfiehlt das Buch „Käfigland: Ein Schweizer Politthriller“ von Danielle Baumgartner. Es handelt sich nicht gerade um ein literarisches Meisterwerk, jedoch findet sie es sehr spannend und unterhaltsam.

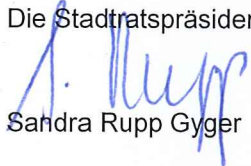
Eingänge

- Interpellation betreffend Liegenschaftssteuer; Reto Schertenleib (SVP/FDP) und Mitunterzeichnende vom 16. März 2017

Rückzug

- Motion 2/2017 für eine Stärkung der Thuner Volksrechte; SVP/FDP-Fraktion und BDP-Fraktion vom 16. Februar 2017

Die Stadtratspräsidentin


Sandra Rupp Gyger

Der Stadtratssekretär


Remo Berlinger